

FDP

Wir Liberalen.

PRD

Les Radicaux.

Bericht über die Januarsession 2007 des Grossen Rates

In der Januarsession 2007 hat sich der Grosse Rat mit einer Fülle von wichtigen Geschäften befasst. Einmal mehr hat sich gezeigt, wie wichtig eine Zusammenarbeit aller bürgerlich denkenden Kräfte im Rat ist. Einigen sich FDP, SVP, EDU, SD und FPS über ein Vorgehen und sind alle Ratsmitglieder dieser Parteien auch präsent, so kann eine Mehrheit von 81 Stimmen (von 160) erreicht werden. Auch wenn ab und zu Vertreter der EVP mit uns stimmen, sind wir in den für uns zentralen Fragen insbesondere der Finanz-, Steuer-, Wirtschafts- und Energiepolitik auf unsere bürgerlichen Partner angewiesen.

Nein zum Ausländerstimmrecht

Mit einer Motion verlangte die SP-JUSO-Fraktion, den Gemeinden auf Verfassungstufe die Möglichkeit einzuräumen, niedergelassenen Ausländern das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene zu erteilen. Die FDP-Fraktion hat diesen Vorstoss klar abgelehnt und damit bewirkt, dass das Anliegen in dieser Legislatur nicht mehr aufs Tapet gebracht werden kann. Bereits im April 2005 hatte der Grosse Rat mit den Stimmen der FDP eine entsprechende Verfassungsänderung durch einen Nichteintretensentscheid bachab geschickt. Man kann zwar mit gewissem Recht anführen, das Demokratieprinzip und die Integrationsziele erforderten hier ein Umdenken. Indessen steht es den Ausländern mit der Möglichkeit der (erleichterten) Einbürgerung frei, auch politische Rechte (und Pflichten) zu erwerben. Auch eine von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedliche Regelung, welche letztlich die Folge dieser neuen gemeindeautonomen Regelung gewesen wäre, erschien der FDP-Fraktion nicht als sinnvoll. Auch waren Befürchtungen zu hören, man würde mit dem Ausländerstimmrecht primär die Linke in den Städten stärken.

Nein zu einer zwingenden Vertretung der Romands in den Kommissionen

Mit einer Motion verlangte der Separatist Maxime Zuber, dass die Romands künftig zwingend in alle Grossratskommissionen vertreten sein müssten. Er zog allerdings diesen Vorstoss zugunsten eines ähnlichen Vorstosses der Deputation zurück, welche diese Anliegen bloss hinsichtlich der ständigen Kommissionen (Steuerungskommission, Oberaufsichtskommission und Justizkommission) verankern wollte. Der Rat überwies letzteren allerdings bloss in der Form eines unverbindlichen Postulates, welches eine Mehrheit der FDP-Fraktion ebenfalls ablehnte. Die kritische Haltung der Fraktion hatte entgegen einiger Medienberichte überhaupt nichts mit einer Ablehnung gegenüber den Romands zu tun. Unsere Romands in der Fraktion sind übrigens sehr geschätzt und leisten wertvolle Arbeit. Das Problem, war bloss die Unpraktikabilität eines reglementarischen Anspruchs. Dieser würde die Fraktionen in ihrem Bemühen, jeweils die für eine bestimmte Aufgabe am besten geeigneten Kandidaten in eine entsprechende Kommission zu schicken, zu stark einschränken. Auch wäre ein Prozedere bei Ersatzwahlen sehr kompliziert. Schliesslich ist noch an die Problematik der Verfügbarkeit von Kandidaten zu denken, wenn man sich vor Augen hält, dass der Einsitz in die Steuerungskommission eine zeitliche Belastung im Umfang eines (zweiten) Grossratsmandates bedeutet.

Eva Desarzens für Brigitte Bolli in der Steuerungskommission

Eva Desarzens ersetzt Brigitte Bolli in der Steuerungskommission. Die FDP ist in dieser ständigen Kommission mit drei Personen vertreten. Neben Desarzens widmen sich Therese Kohler und Hans-Jörg Pfister der wichtigen und arbeitsreichen Aufgabe. Die Fraktion dankt Brigitte Bolli herzlich für ihre langjährige sehr seriöse Arbeit.

Ja zur Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit

Weil die zukünftige Entwicklung des Kantons Bern in grösseren Lebens- und Wirtschaftsräumen erfolgt, sollen im Rahmen einer neuen „Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit“ (SARZ) sechs Regionalkonferenzen eine enge Zusammenarbeit der Gemeinden in regionalen Belangen sicher stellen. Die Regionalkonferenzen sollen eine Konzentration der Kräfte sowie rasche und verbindliche Entscheide vor allem in den Bereichen Planung, Verkehr und Kultur gewährleisten. Die FDP-Fraktion begrüsst das Projekt grundsätzlich, weil insbesondere die Verkehrs- und Siedlungsplanung gemeindeübergreifend angegangen werden muss. Mit der Gutheissung der Umsetzungsvorlage in der Januarsession könnten somit die Reformen nach der Volksabstimmung im Herbst 2007 auf Anfangs 2008 in Kraft gesetzt werden. Die ersten Regionalkonferenzen könnten ihre Arbeit ab 2008 aufnehmen, sofern die erforderlichen regionalen Initialabstimmungen zustimmend verlaufen.

Ja zur Revision des Steuergesetzes

Im Rahmen der ersten Lesung des revidierten Steuergesetzes hat der Grosse Rat zunächst eine spürbare Entlastung der Familien und des Mittelstandes und in einem kleineren Ausmass auch eine Entlastung der höheren Einkommen beschlossen. Weiter hat der er zugunsten der natürlichen Personen und zur Förderung der Standortattraktivität eine Reform der Unternehmensbesteuerung vorgesehen (Teilbesteuerung der Dividenden und von Beteiligungen). Offen gelassen im Hinblick auf die zweite Lesung im März wurde der Bereich der Vermögenssteuer, weil hier die Auswirkungen einer Aenderung noch überprüft werden müssen (Frage ob es besser ist, den Vermögenssteuertarif generell zu senken oder den bisherigen Art. 66 beizubehalten, welcher für die ertragsschwachen Vermögen eine Privilegierung vorsieht). Im Weiteren wurde der Entscheid über das Inkrafttreten noch aufgeschoben. Hier muss die Kommission noch abklären, ob und wie sie den Gemeinden, welche im Jahr 2008 (und nur in diesem Jahr) als Folge der nachschüssigen in Rechnung Stellung von AHV/IV-Beiträgen mit 49 Mio. Franken mehr belastet werden, entgegengekommen werden könnte.

Ganz allgemein ist die erste Lesung dieses wichtigen Geschäftes dank guter Zusammenarbeit zwischen FDP, SVP und EDU erfreulich verlaufen.

Nein zur Schaffung einer Ombudsstelle

Der Grosse Rat lehnte mit den Stimmen der FDP eine SP-Motion zur Schaffung einer Ombudsstelle in der kantonalen Verwaltung klar ab. Bürgerfreundliches Verhalten ist nach Ansicht der Ratsmehrheit Aufgabe aller Verwaltungsstellen und kann nicht an eine Ombudsstelle delegiert werden. Im Uebrigen hätte die Schaffung einer solchen Stelle die Erfüllung einer neuen Aufgabe bedeutet.

Ja zu einem neuen Mittelschulgesetz (1. Lesung)

Der Grosse Rat hiess das neue Mittelschulgesetz mit grossem Mehr gut. Es soll das Gesetz von 1995 über die Maturitätsschulen und das Diplommittelschulgesetz von 1986 ablösen und eine einheitliche Basis für die allgemein bildenden Schulen der Sekundarstufe II schaffen. Die Zusammenführung des Gesetzes über die Maturitätsschulen und des Diplommittelschulgesetzes zu einem Mittelschulgesetz, welches als Rahmengesetz ausgestaltet ist, wurde wie bereits in der Grossratskommission von allen Fraktionen begrüsst. Das neue Gesetz legt grossen Wert auf die Sicherung der Qualität der gymnasialen Ausbildung und damit auf die Sicherung des allgemeinen Zugangs zu allen universitären Hochschulen. Eingehend wurde die Frage diskutiert, wie das erste Jahr des gymnasialen Bildungsgangs, der gymnasiale Unterricht im 9. Schuljahr (GU9), geführt werden soll. Der Rat nahm die vom Regierungsrat vorgeschlagene Regelung auf, den GU9 sowohl an Gymnasien als auch an den Schulen der Sekundarstufe I führen zu können. Der entsprechende Entscheid über die Organisationsform wird von den Gemeinden gefällt. Gleichzeitig hat sich der Rat dazu entschieden, eine Kommissionsmotion einzureichen. Diese beauftragt den Regierungsrat, dem Grossen Rat im Rahmen der für das Jahr 2012

vorgesehenen Revision des Volksschulgesetzes einen Vorschlag zu unterbreiten, gemäss welchem im deutschsprachigen Kantonsteil der GU9 in der Regel an den Gymnasien angeboten wird. Abweichungen von dieser Regel sollen nur in klar definierten Ausnahmefällen möglich sein. Das Mittelschulgesetz soll auf den 1. August 2008 in Kraft treten.

Nein zur Volksinitiative "Günstig wohnen"

Im Jahr 2005 hatte der kantonale Mieterverband mit dem Ziel, die Wohnungsknappheit zu bekämpfen bzw. die Wohnbauförderung generell wieder einzuführen, eine Initiative eingereicht.

Da der Wohnungsmarkt heute bestens funktioniert, hat sich sogar die rot-grün dominierte Regierung gegen das Vorhaben ausgesprochen. Dennoch schlug die Regierung im Sinne eines indirekten Gegenvorschlags zur Initiative vor, die gemeinnützigen Wohnbauträger mit 2 Mio. Franken jährlich zu unterstützen bzw. eine entsprechende Gesetzesgrundlage vorzubereiten.

Im Weiteren beantragte die Regierung einen Rahmenkredit von 5,2 Millionen Franken für einen Planungswettbewerb Entwicklungsschwerpunkte Wohnen (ESP-Wohnen). Finanzielle Anreize sollen die Gemeinden dazu motivieren, das Wohnen an zentralen, gut erschlossenen Lagen zu fördern.

Der Grosse Rat verwarf mit den Stimmen der FDP die Initiative und hiess die Idee zu einem Gegenvorschlag (Schaffung eines unnötigen Gesetzes zur Unterstützung gemeinnütziger Wohnbauträger) mit 75:74 Stimmen knapp gut. Das knappe Resultat war die Folge von krankheitsbedingten Abwesenheiten auf bürgerlicher Seite.

Dem Kredit ESP-Wohnen stimmte der Rat als marktkonforme Massnahme zu.

Ja zum Kredit für die erste Etappe der Überbauung auf dem von Roll Areal

Eine Mehrheit der Grossen Rates stimmte dem Geschäft für die erste Etappe der Überbauung auf dem von Roll Areal zu.

Zu Diskussionen Anlass gaben die gegenüber dem Projektierungskredit deutlich höheren Erstellungskosten. Die Anlagekosten betragen neu rund 240 Millionen Franken statt 190 Millionen Franken. Die gegenüber dem ursprünglichen Projektierungskredit höheren Kosten werden zu einem Teil mit der Speicherbibliothek, mit der Bauweise nach Minergie P-Standard und mit Auflagen der Baubewilligungsbehörde begründet, zum anderen Teil mit einer Budgetierungsgenauigkeit von +/- 30 Prozent in Bezug des damaligen Informationsstandes des geplanten Bauobjektes.

Der Rat stimmte dem Geschäft trotz der Mehrkosten zu, weil es sich um eine standort- und bildungspolitisch wichtige Investition handelt. Er verlangte jedoch, dass alles unternommen wird, um budgetierte Eventualausgaben nicht tätigen zu müssen. Im Weiteren wurde der Ausgleich des Planungsmehrwertes von 2.5 Millionen Franken zu Gunsten der Stadt Bern abgelehnt, wobei hier wohl aufgrund vertraglicher Bestimmungen ein Ausgleich letztlich dennoch bezahlt werden muss.

Nein zum Ausstieg aus der Kernenergie

Mit einer Motion verlangte die SP, „dass möglichst rasch bei Bauten und Anlagen mit staatlicher Beteiligung kein Strom aus Atomenergienutzung mehr eingesetzt bzw. gehandelt wird und dass das Kernkraftwerk Mühleberg per 2012 stillgelegt wird“. Da im Rat eine Ablehnung der Motion drohte, zog es die SP vor, den Vorstoss zurückzuziehen.

Adrian Haas